

# Möglicher Bundeswehr-Beistand umstritten

Für die Sicherheit Israels einzustehen, gilt seit einer Rede von Angela Merkel als deutsche Staatsräson. Was das konkret bedeutet, ist unklar.

**BERLIN.** Der wichtigste Verbündete Israels sind die USA, dennoch ist angesichts der iranischen Drohung nun auch in Deutschland eine Debatte um eine mögliche militärische Unterstützung entbrannt. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Marcus Faber, sieht einen Einsatz der Bundeswehr im Nahost-Konflikt skeptisch. Deutschland sollte Israel helfen, etwa mit der schnellen Bewilligung von Rüstungsexporten, sagte der FDP-Politiker dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Er fügte aber hinzu: „Die Bundeswehr in Israel wurde nicht angefragt und könnte wenig helfen.“

Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter hatte zuvor gesagt, die Bundesregierung sollte angesichts der dro-

henden iranischen Attacke Israel auch militärischen Beistand zur Abwehr anbieten.

## Unterstützung steht nicht auf der Tagesordnung

Das sieht sein Parteikollege Johann Wadephul anders. „Szenarien wie eine militärische Unterstützung stehen nach unserer Kenntnis nicht auf der Tagesordnung. Dafür wäre ohnehin ein Bundestagsmandat vonnöten“, sagte der Unionsfraktionsvize dem RND.

Auslöser der neuen Krise in Nahost waren zwei tödliche Angriffe vergangene Woche auf führende Mitglieder der Hamas und der Hisbollah. In der Nacht zu Mittwoch tötete eine Explosion im Zimmer eines Gästehauses der iranischen Regierung in Teheran den Auslandschef der islamistischen Hamas,



Der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter hat die Bundesregierung aufgefordert, Israel auch militärischen Beistand zur Abwehr anbieten.

Foto:dpa/Monika Skolimowska

Ismail Hanija. Wenige Stunden zuvor war der ranghohe Hisbollah-Kommandeur Fuad Schukur in der libanesischen Hauptstadt Beirut bei einem Luftangriff getötet worden. Der Iran und die mit ihm verbündete Hamas machen den jüdischen Staat in beiden Fällen verantwortlich und haben Vergeltung angekündigt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU, Donaueschingen), sagte, bislang gebe es keinen Wunsch Israels nach unmittelbarer militärischer Unterstützung. Gleichzeitig betonte er: „Die Sache mit der Staatsräson muss klar sein.“ Den rechtlich unspezifischen Begriff der „Staatsräson“ hatte Alt-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) geprägt. Im März 2008 sagte sie in einer Rede vor dem israelischen Parlament: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung ist Teil der Staatsräson meines Landes.“

Frei sagte, es gehe – damals wie heute – darum, Israel „mit allem, was wir zur Verfügung haben und was wir einsetzen können, zu unterstützen“. Dennoch müsse man immer die Frage stellen: „Was ist richtig,

was ist klug?“. Und da müsse man dann „mit viel Augenmaß an die Dinge herangehen“ und auch aufpassen, dass man keinen Beitrag zur Eskalation der Situation vor Ort leiste.

## Bisher keine Anfragen aus Israel

Der SPD-Verteidigungsexperte Andreas Schwarz sagte dem RND: „Bisher liegen keine Anfragen aus Israel vor. Ich gehe aber davon aus, dass die Bundesregierung darauf vorbereitet ist und in dieser Frage mit Israel und den westlichen Verbündeten in Kontakt steht.“ Zur deutschen Staatsräson sagte er: „Im Ernstfall müssen diesen großen Worten auch die entsprechenden Taten folgen.“

Deutlicher wurde der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Die historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels sei zwar nicht rechtlich bindend, sagte Schuster im RND-Interview. *dpa*